

Antrag der Fraktionen DIE LINKE...

Schulen im Bundesland Bremen durch ein Sofortprogramm stärken

Der im Oktober 2022 veröffentlichte IQB-Bildungstrend hat für das Bundesland Bremen erneut dramatische Ergebnisse bescheinigt. 31% der Bremer Viertklässler*innen erreichen beim Lesen nicht den Mindeststandard, in Mathematik sind es sogar 42%. Auch wenn sich die Leistungen der Schüler*innen gegenüber vergangenen Vergleichstests stabilisiert haben, bietet das insgesamt niedrige Niveau keinen Anlass zur Zufriedenheit.

Bürgerschaft und Senat haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Beschlüsse gefasst und Projekte initiiert, welche zu einer Verbesserung des Bremer Bildungssystems beitragen werden. Zu nennen ist beispielsweise die Gründung des IQHB, die Beauftragung eines Personalentwicklungskonzeptes, die Wiedereinführung des Studiengangs Sportpädagogik an der Universität Bremen oder auch die Verstärkung des Schulbaus und der Digitalisierung durch Mittel aus dem Corona-Fonds. Gemeinsam ist diesen Beschlüssen jedoch, dass sie erst mittelfristig ihre volle Wirksamkeit entfalten werden. Vor dem Hintergrund des erneut schlechten Abschneidens beim IQB-Bildungstrend ist es erforderlich, mit zusätzlichen kurzfristigen Maßnahmen stärkend in die Schulen hineinzuwirken. Insbesondere gezielte Mathe- und Sprachförderung sowie eine verbesserte Versorgung von Kindern mit besonderen Förderbedarfen muss schon zeitnah in den Blick genommen werden.

Auch stellen die starken Geburtsjahrgänge und die anhaltend hohe Zuwanderung das Bremer Schulsystem vor aktuelle Herausforderungen, die zusätzliche Maßnahmen notwendig machen. Insbesondere die angespannte Personallage verlangt es, dass neue Modelle für den Quereinstieg oder die berufsbegleitende Qualifizierung von nicht-unterrichtendem pädagogischem Personal zu erproben. Ebenso muss die Schulstandortplanung mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Im vergangenen Jahr wurden seitens der Senatorin für Kinder und Bildung mehrere richtungsweisende Konzepte präsentiert, die eine verbesserte pädagogische Förderung der Schüler*innen in den Blick nehmen. Zu diesen gehört das „Konzept für die durchgängige Sprachförderung für das Land Bremen“ sowie der Ausbau der Bildungsabteilungen an den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) in der Stadtgemeinde Bremen. Bereits an einigen Schulen erprobt sind die Förderprogramme „Mathe sicher können“ sowie „Deutsch mit BiSS“, diese ließen sich zeitnah auf weitere Schulen ausdehnen.

Allerdings stehen bisher sowohl für das Sprachförderkonzept, die Bildungsabteilungen an den ReBUZ und eine Ausweitung der Fördermaßnahmen keine Haushaltsmittel zur Verfügung, so dass eine zeitnahe Umsetzung dieser Maßnahmen zum Schuljahr 2023/24 zwar organisatorisch möglich wäre, aber an nicht vorhandenen Mitteln scheitern könnte. Dieses Abwarten auf Haushaltsverhandlungen kann sich das Bremer Schulsystem aber nicht leisten, nur durch schnelles Handeln kann der Bildungserfolg der Bremer Schüler*innen sichergestellt werden.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

- 1.) Die Förderprogramme „Mathe sicher können“ und „Deutsch mit BiSS“ deutlich auszubauen und sicherzustellen, dass ab Beginn des Schuljahres 2023/2024 mindestens alle Oberschulen der Sozialstufen IV und V in beiden Stadtgemeinden an den Programmen teilnehmen und entsprechende Förderung anbieten können. Außerdem ist ein klarer Ausbaupfad zu benennen, wann und wie die Programme auf alle Oberschulen ausgeweitet werden.
- 2.) Bereits zum Schuljahr 2023/24 die Umsetzung des „Konzepts für die durchgängige Sprachförderung für das Land Bremen“ zu beginnen, die dort benannten „Aufbauphase“ einzuleiten und die zugehörigen Stellen zu besetzen.
- 3.) Zur Unterstützung der Kinder mit Förderbedarfen im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung die Bildungsabteilungen an den ReBUZ prioritär auszubauen und sicherzustellen, dass zum Schuljahr 2023/2024 an allen vier ReBUZ-Standorten der Stadtgemeinde Bremen und am ReBUZ in Bremerhaven jeweils sechs Gruppen mit schulersetzenden Maßnahmen oder Lernangeboten für Schulmeister*innen angeboten werden. Auch die Versorgung mit temporären Lerngruppen ist zum Schuljahr 2023/24 nochmals mit dem Ziel auszubauen, dass zu diesem Zeitpunkt alle Schulen der Sozialstufen IV und V an dem Programm teilnehmen.
- 4.) Unabhängig vom mittelfristig wirksamen Personalentwicklungskonzept ein Sofortprogramm zur Gewinnung von Personal für die Schulen aufzulegen, das zum Ziel hat, pädagogisch vorerfahrenen Personen einen schnellen Start in den Schulalltag zu ermöglichen. Hierzu gehört einerseits eine Einstiegsqualifizierung am LIS sowie ein mit Tätigkeitsbeginn festgelegter Qualifizierungsweg hin zu einem anerkannten pädagogischen Abschluss. Das Sofortprogramm wird in beiden Stadtgemeinden angeboten und legt für beide Stadtgemeinden gleichermaßen gültige Zugangsvoraussetzungen, Qualifizierungsschritte und -ziele fest.
- 5.) Kurzfristig Möglichkeiten zu schaffen, Lehrkräften eine Sonderzulage zu zahlen und/oder eine Stundenentlastung zu gewähren, die an Schulen wechseln, welche von überdurchschnittlichem Personalmangel betroffen sind. Sollte diese Maßnahme keine ausreichende Steuerungswirkung entfalten, sollen zusätzlich Lehrkräfte an unterausgestattete Schulen abgeordnet werden können.
- 6.) Umgehend Gespräche mit der Universität Bremen aufzunehmen, um bereits zum Wintersemester 2023/24 zusätzliche Studienkapazitäten für Lehrämter zu schaffen.
- 7.) Mit Hilfe neuer Prognoseinstrumente die Schulstandortplanung zeitnah so anzupassen, dass zukünftig die regelmäßig durch zu geringe Annahmen auftretenden Versorgungslücken vermieden werden. Zu diesem Zweck ist verstärkt auf die Daten des Einwohnermeldeamtes zurückzugreifen und einer Reservekapazität für Zuwanderung einzuplanen.
- 8.) Diese Beschlüsse im Rahmen eines Nachtragshaushalts für das Jahr 2023 finanziell abzusichern oder anderweitig die Finanzierung durch entsprechende Beschlüsse bei den zuständigen Deputationen und Ausschüssen zu erwirken.

Miriam Strunge, Sofia Leonidakis,
Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE